

# 1 EINLEITUNG

Die westliche Politik im 20. Jahrhundert ist vor allem durch den Konflikt um die ungerechte Verteilung der materiellen Güter und des Einkommens gekennzeichnet. Die politische Polarisierung findet zwischen der Linken und der Rechten statt. Mit der Weiterentwicklung hin zur modernen Gesellschaft verliert der ökonomische Determinismus jedoch seinen Einfluss auf die Politik und die Parteien. Soziale und kulturelle Fragen bestimmen immer mehr den politischen Alltag. Hinzukommen Schlüsselereignisse wie die 1968er Revolte, der Erdölchock Mitte der 1970er Jahre und Tschernobyl als Katalysatoren für die aufstrebende Ökologie-Bewegung, der Fall der Berliner Mauer und der Einigungsprozess in Europa seit Beginn der 1990er Jahre, die in Politik und Gesellschaft ihre Spuren hinterlassen haben (vgl. Ladner 2004:17).

Die Politik kann nun nicht mehr im einfachen Dualismus zwischen Kapital und Arbeit verstanden werden, sondern muss sich diesen sozialökonomischen und technologischen Entwicklungen ständig anpassen. Die wachsende Wichtigkeit von nicht-ökonomischen Themen und der sich steigernde Wohlstand bewirken, dass sich die Mitglieder der Mittelklasse und die der höheren Einkommensschichten vermehrt zur Linken hingezogen fühlen, während die traditionelle Arbeiterklasse sich in Richtung rechts orientiert. Der Wertewandel, Individualisierungstendenzen und der Rückgang traditionsorientierter Verhaltensweisen haben zur Erosion bestehender Parteibindungen beigetragen und das Verhältnis der Parteien zu ihrer Stammwählerschaft labiler gemacht (Ladner et al. 2001: 14). Folglich entstehen neue Verbindungen zwischen den verschiedenen Parteien und denjenigen Teilen der Bevölkerung, welche durch den sozialen Wandel in ihrer Einstellung und ihrem Verhalten massgeblich verändert wurden.

Die meisten Parteimitglieder entstammen nicht länger den traditionellen Trägernmilieus, sondern alle Parteien rekrutieren mittlerweile – unabhängig von ihrer politischen Ausrichtung – ihre Angehörigen überwiegend aus denselben sozialen Gruppierungen (Biehl 2005: 14). Dies hat zur Folge, dass sich die Sozialprofile der Parteimitglieder zunehmend angleichen (vgl. Biehl 2005:14). Des Weiteren haben – als unmittelbare Folge auf die veränderte soziale Basis der Parteien – normative Bindungsmotive an Bedeutung verloren und die Beziehung vieler Mitglieder zu ihrer Partei hat an

emotionaler Tiefe und Intensität eingebüsst (Biehl 2005: 14). Die politischen Parteien werden von ihren Angehörigen deshalb auch nicht mehr vorrangig als Gesinnungsgemeinschaften verstanden, sie dienen vielmehr als politische Dienstleistungsagentur der Durchsetzung politischer und persönlicher Ambitionen (vgl. Biehl 2005: 14). Der Wandel der Parteimitglieder ist Ausdruck eines gesamtgesellschaftlichen Prozesses, der sowohl die Situation der Individuen als auch den Charakter sozialer Institutionen erfasst (Biehl 2005: 15).

In dieser Arbeit soll nun die Frage nach den Veränderungen in den Mitgliederstrukturen der Schweizer Parteien erforscht werden. Insbesondere interessiert dabei der Zusammenhang zwischen der beruflichen Verteilung innerhalb der aktiven Mitglieder und der ideologischen Ausrichtung einer Partei. Auch im Hinblick auf zeitgenössische Themen soll dieser Zusammenhang ergründet werden um mögliche Umwälzungen in den Mitgliederstrukturen aufdecken zu können.

Zuerst wird im zweiten Kapitel ein Überblick über den theoretischen Hintergrund der Fragestellung geliefert. Anschliessend wird mit Bezug zu den ausgewählten Theorien die Fragestellung genauer entfaltet. In einem nächsten Kapitel finden dann die Erklärungen zum Datensatz und der Methodik statt. Darauf folgen die Darlegung der empirischen Analyse sowie die Erläuterung der Ergebnisse der statistischen Berechnungen. Zum Schluss werden die wichtigsten Erkenntnisse zusammengefasst und diskutiert.